

# BLÄK-Präsidium im Bayerischen Landtag

Traditionsgemäß traf sich das Präsidium der Bayerischen Landesärztekammer (BLÄK), begleitet vom Hauptgeschäftsführer Frank Dollendorf, mit den Mitgliedern des Ausschusses für Gesundheit und Pflege im Bayerischen Landtag. Der regulären Juni-Ausschusssitzung vorgeschaltet fand ein reger Informationsaustausch statt, der durchwegs diskursiv verlief.

## Ärztliche Versorgung

In seinem Eingangsstatement sprach BLÄK-Präsident Dr. Gerald Quitterer einige der zentralen gesundheitspolitischen Themen an. Quitterer wiederholte die Forderung der BLÄK nach einer Aufstockung der universitären Studienplätze Humanmedizin und erteilte einer Substitution ärztlicher Leistungen durch andere Gesundheitsberufe, wie etwa der Community Health Nurse, eine klare Absage. „Bei allem Verständnis für notwendige Delegationen brauchen wir hier keine neuen Versorgungsebenen. Vielmehr sollte das Modell der Teampraxis Beachtung finden“, so Quitterer. Er appellierte an die Abgeordneten, die Attraktivität der Niederlassung durch geeignete Gesetze, Initiativen und Projekte weiter zu erhöhen. Ein neues Thema war, in Bayern einen „verbindlichen Hitzeschutz zu etablieren, um gesundheitliche Schäden zu verhindern“. Der Präsident sprach das neue Gesundheitsdatennutzungsgesetz an, die Einführung der elektronischen Patientenakte (ePA) und auch die nicht durchdachte Notfallreform einschließlich einer strukturierten Ersteinschätzung.

BLÄK-Vizepräsident Dr. Andreas Botzlar ging auf die aktuelle Krankenhausreform ein und bat die Abgeordneten mit „Behutsamkeit an das Thema heranzugehen“. Es werde ein praxistaugliches Konzept benötigt, das die Mechanismen der „Marktverdrängung“ aushebele. Letztendlich müsse man sich vom DRG-System (Diagnosis Related Groups) verabschieden.

## Fragen aus dem Fachausschuss

Der Ausschussvorsitzende Bernhard Seidenath (CSU) gliederte die Fragen der 13 anwesenden Abgeordneten in zwei große Frageblöcke. Dabei ging es quer durch die Fraktionen und thematisch durch das gesamte Spektrum der aktuellen Gesundheitspolitik. So diskutierten die Abgeordneten Kerstin Celina (Grüne), Dr. Dominik Spitzer



BLÄK-Vizepräsident Dr. Andreas Botzlar, BLÄK-Präsident Dr. Gerald Quitterer, Vorsitzender Bernhard Seidenath (CSU) und die stellvertretende Vorsitzende Ruth Waldmann (SPD) – v. li. (BLÄK-Vizepräsidentin Dr. Marlene Lessel war verhindert)

(FDP) oder Roland Magerl (AfD) die Notfallreform und die medizinische Ersteinschätzung. Für das Thema Delegation und Substitution von ärztlichen Leistungen interessierten sich besonders Susanne Enders (Freie Wähler), Christina Haubrich (Grüne) oder Andreas Krahl (Grüne). Carolina Trautner (CSU) sprach insbesondere die Hitzeschutzpläne an. Die stellvertretende Ausschussvorsitzende Ruth Waldmann (SPD) betonte, dass man ärztliche Leistungen nicht ersetzen wolle, sondern Ärztinnen und Ärzte entlasten. Im Zuge der Einführung einer ePA und der Diskussion um „Opt-in“ oder „Opt-out“ dürfe man das Vertrauen der Patientinnen und Patienten nicht verspielen. Nur gemeinsam mit der Ärzteschaft könne ein solches Digitalisierungsvorhaben, das für Deutschland wichtig sei, gelingen. Patientensicherheit, das war auch das Stichwort für Professor (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (Freie Wähler), der auch den Bürokratieabbau anmahnte.

Der Ausschussvorsitzende fasste in der Schlussrunde nochmals die wesentlichen Punkte zu-

sammen und fragte nach, ob eine Ausweitung der Modellvorhaben nach §§ 63 und 64 Sozialgesetzbuch V (SGB V) nicht auch für die Medizinischen Fachangestellten (MFA) sinnvoll sein könnte, um diesen Beruf weiter aufzuwerten. MFA könnten so zukünftig mehr Kompetenzen erhalten. „Der Mediziner-mangel ist hausgemacht, bei den MFA ist es der Fachkräftemangel nicht“, so Seidenath.

Quitterer dankte allen Ausschussmitgliedern für die konstruktive Runde und ging zum Abschluss noch kurz auf die Novelle der Approbationsordnung ein. Diese sei eine Verpflichtung. Es könne nicht angehen, dass der Masterplan Medizinstudium 2020 nun auf 2027 verschoben werde. Eine Verschleppung seitens einiger Akteure könne und wolle man nicht hinnehmen. Hier bat er um die Unterstützung der politischen Mandatsträger.

Dagmar Nedbal (BLÄK)